

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

POLITISCHER BERICHT AUS DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau

Nr. 3 /2015 – 23. Januar 2015



IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau, Athen / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Die Opposition drei Jahre nach den Protesten Schulterchluss nicht zu erwarten

Vor drei Jahren protestierten in Moskau und ganz Russland Zehntausende gegen die Politik des Kremls. Das politische Wochenmagazin "Profil", das mit dem deutschen SPIEGEL kooperiert, blickte jüngst in einem Artikel auf die Demonstrationen zurück und ließ Anführer solcher Parteien und Bewegungen zu Wort kommen, die damals ehrliche Wahlen gefordert und ihre Anhänger auf die Straße gebracht hatten. Bereits ein flüchtiger Blick auf die verschiedenen Positionen zeigt deren Vielfalt und Unvereinbarkeit (1). Ein koordiniertes Vorgehen der Opposition bleibt aus heutiger Sicht unrealistisch; sogar innerhalb ideologischer Gruppen konkurrieren charismatische Einzelpersonen (2).

1. Spektrum der Opposition

An der Spitze der Protestaktionen zum Jahreswechsel 2011/2012 standen politische Akteure mit unterschiedlichem Profil.¹ Die teilnehmenden Gruppen lassen sich nach ihrem jeweiligen Selbstverständnis einteilen in Liberale (a), Linke und Sozialdemokraten (b) sowie Nationalisten (c).

a. Liberale

Die meisten Liberalen nennen als ihr vorrangiges Ziel die europäische Entwicklung Russlands. Als prominente Vertreterin dieser Denkschule gilt die sozial-liberale Jabloko-Partei. Sie will laut ihrem Vorsitzenden Sergej Mitrochin das autoritäre kriminell-oligarchische System überwinden und einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat etablieren. Derzeit bevorzuge das System eine parasitäre Elite zum Schaden der Mehrheit. Der ehemalige Abgeordnete der Moskauer Stadtduma erklärt die bisher geringe Zustimmung für seine Partei damit, dass *erstens* tausendjährige Traditionen Veränderungen entgegenstünden und *zweitens* Jabloko ständig gegen den Staatsapparat ankämpfe, welcher das kriminell-oligarchische System stütze. So habe Jabloko in den 90er Jahren schon in Opposition zu Jelzin und den damaligen Reformern gestanden.

Eine weitere Oppositionspartei ist PARNAS ("Partei der Volksfreiheit") mit ihren beiden Co-Vorsitzenden Boris Nemzow (Stv. Premierminister Russlands von 1997 bis 1998) und Michail Kasjanow (Premierminister Russlands von 2000 bis 2004). Nemzow spricht sich für politische und ökonomische Freiheiten sowie die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft europäischen Typs aus. Weitere Schwerpunkte des Parteiprogramms sind der Bürokratieabbau, die Beschränkung der Macht der Geheimdienste, die Abschaffung der Zensur, die Etablierung von unabhängigen Gerichten, die Stärkung des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

PARNAS hatte ursprünglich vier Co-Vorsitzende. Einer davon, Wladimir Milow (Stv. Energieminister 2002), ist heute Vorsitzender der Partei "Demokratische Wahl". Deren Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des wirtschaftlichen Wettbewerbs und der Bekämpfung von Monopolen. Darunter versteht Milow auch politische Machtmonopole, welche das Land seinen Worten zufolge seit über 20 Jahren regierten. Diese Strukturen sollen durch offene, ehrliche und freie Wahlen aufgelöst werden. Echter politischer Wettbewerb sei aber nur bei "ehrlichen" Wahlen möglich, so der Energieexperte. Heute verdränge die Regierung unliebsame Medien, Politiker und Ehrenamtliche mit Mitteln eines autoritären Staates von der Bildfläche. Es gelinge bisher nur auf kommunaler Ebene, diese Blockade an manchen Stellen durchzuberechnen.

Wladimir Rijschkow war ebenfalls Co-Vorsitzender von PARNAS, verließ aber die Partei Anfang 2014 nach einer grundlegenden Meinungsverschiedenheit.² Der ehemalige Staatsdumaabgeordnete prangert

¹ Das Folgende nach: Profil vom 01.12.2014, S. 6ff.

an, dass sich das Wirtschaftsklima in Russland von Jahr zu Jahr verschlechtere. Verantwortlich dafür seien die herausragende Rolle von Monopolen, eine zunehmende Sozialisierung der Wirtschaft sowie ein korrumpierter und ineffizienter Staatsapparat. In politischer Hinsicht benötige das Land außerdem freie Wahlen und freien politischen Wettbewerb, so Rijschkow.

Als einer der Hauptredner trat bei den Kundgebungen vor drei Jahren Alexej Nawalnij auf. Er erzielte 2013 als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters von Moskau einen respektablen Achtungserfolg, sieht sich aber kontinuierlich mit strafrechtlichen Vorwürfen durch die Ermittlungsbehörden konfrontiert.³ Derzeit steht er unter Hausarrest, weshalb das Magazin "Profil" für sein Interview den Vorsitzenden des Moskauer Verbandes von Nawalnij's Fortschrittspartei Nikolaj Laskin heranzog. Laskin fordert von allen Russen Gesetzestreue. Wer Gesetze verletze, müsse dafür zur Verantwortung gezogen werden. Momentan sei aber die Politik überhaupt nicht an der Einhaltung der Regularien interessiert. Gesetzesverletzungen würden nicht verfolgt, weil sonst Geldströme zum Erliegen kommen würden, die in die Taschen von Politikern, Beamten und deren Familien fließen. Diese Gruppen würden politische Konkurrenz mit allen Mitteln verhindern.

Ähnlich klingen die Vorstellungen aus den Reihen der Partei "Bürgerplattform", der anfangs der Milliardär Michail Prochorow vorstand. Er zog sich nach seiner Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten 2012 aus der Politik zurück. Rifat Schajchutdinow, Leiter des politischen Komitees der Partei, verlangt die Zerstörung von Monopolen und Clanstrukturen. Man müsse Beamten die Möglichkeit entziehen, ihr öffentliches Amt für ihr persönliches Gewinnstreben zu nutzen. Dass dies bisher nicht erfolge, liege daran, dass sich die Mehrheitsfraktion in der Staatsduma auf die Beamtenpartei "Einiges Russland" stütze, so Schajchutdinow. Lebensnotwendig sei ferner ein gerechtes Justizsystem.

b. Linke und Sozialdemokraten

Als Sozialdemokrat europäischen Typs positioniert sich der ehemalige Staatsdumaabgeordnete Gennadij Gudkow. Er musste durch einen Parlamentsbeschluss sein Mandat 2012 vorzeitig aufgeben; vorgeworfen wurde ihm eine geschäftliche Tätigkeit, die mit seinem Status als Mandatsträger unvereinbar sei.⁴ Er fordert nachdrücklich einen ordnungsgemäßen, fairen Verlauf der Staatsdumawahlen 2016. Ansonsten sollten die Bürger gegen die Entwicklung Russlands hin zu einer Diktatur öffentlich protestieren.

Die Bewegung "Linke Front" verfolgt die Idee einer "UdSSR 2.0", also den Wiederaufbau der Sowjetrepubliken und die Wiedereinführung aller damals gewährten Sozialleistungen. Mit der Hilfe von Räten wie zur Zeit der Sowjetunion müsse die Macht an das Volk zurückgegeben werden, so Anastasia Udalzowa, deren Ehemann die "Linke Front" anführte, momentan aber eine Haftstrafe im Zusammenhang mit Unruhen bei den Protesten im Mai 2012 verbüßt. Bezüglich der Außenpolitik zeigte sich Udalzowa zufrieden, aber in der Innenpolitik würde sie andere Akzente setzen. So komme bspw. die Bildungspolitik zu kurz, und für die Kinder gebe es zu wenig kostenlose Sportangebote. Viktor Tjulkin, Vorsitzender der Partei "RotFront", möchte die Arbeiterklasse „wachrütteln“, damit sie sich für ihre menschliche Würde einsetze. Perspektivisch gehe es ihm um den Aufbau des Sozialismus. Zunächst wolle er dafür die Arbeiterklasse in der Breite gewinnen, anschließend die Klassenunterschiede zwischen „Herren und Dienern“ bzw. Elite und niederen Schichten abschaffen.

² Vgl. Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Nr. 03/2014 vom 24.02.2014.

³ Vgl. Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Nr. 10/2013 vom 14.08.2013; Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Nr. 11/2013 vom 15.10.2013; Wedomosti vom 12.01.2015, S. 2.

⁴ Vgl. Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Nr. 10/2012 vom 27.09.2012.

c. Nationalisten

Die Nationalisten unterteilen sich nach eigenem Verständnis in linke und rechte Nationalisten. Beide Gruppen vereint die Betonung von russisch-nationalen Interessen. So lautet der Leitspruch der Linksnationalisten "Es zählt nur Russland und sonst nichts", Hauptidee der Rechtsnationalisten ist die Schaffung eines russisch-nationalen Staates. Eduard Limonow, Vorsitzender der links-nationalistischen Partei "Das andere Russland", positioniert sich außenpolitisch nach eigenen Worten "radikaler als Putin und seine Gruppe". Limonow spricht sich für die Unterstützung von „Neurussland“ als eigenem Staat und damit für seine Abtrennung von der Ukraine aus. Innenpolitisch fordert er die Nationalisierung von privatem und industriellem Großkapital mit dem Ziel der Schaffung eines Volkssozialismus. Dmitrij Demuschkin, Vorsitzender der rechtsnationalen Bewegung "Die Russen", postuliert die Abschaffung der föderalen Staatsordnung in Russland und die Errichtung eines Nationalstaates der Russen und der in Russland traditionell verwurzelten Ethnien.

2. Fazit

Wladimir Rijschkow hofft, dass die Liberalen durch einen Einzug in die Staatsduma bei den Wahlen im Jahr 2016 einen Durchbruch erzielen werden. Nach heutigem Stand zeichnet sich jedoch kein breites Bündnis der Liberalen ab: Er selbst verließ "PARNAS" nach internen Streitigkeiten, zuvor hatte bereits mit Wladimir Milow ein anderer Co-Vorsitzender die Partei verlassen, um seine eigene Organisation zu gründen.

Wenn bereits innerhalb einer Gruppe mit ähnlichen programmatischen Vorstellungen ein Zusammenschluss nicht möglich scheint, so gilt dies umso mehr zwischen oppositionellen Parteien mit unterschiedlichen weltanschaulichen Grundlagen. Im Großen und Ganzen beschränken sich die Gemeinsamkeiten dieser Parteien auf zwei Punkte. *Erstens* auf die Forderung nach fairen Wahlen und mehr politischer Konkurrenz, womit ein periodischer, demokratisch legitimierter Machtwechsel ermöglicht werden soll. Und *zweitens* auf den Vorwurf an die regierende Elite, Oppositionelle mit Strafverfahren zu überziehen, um sie unter Mithilfe der Justiz vom Wettbewerb um Ämter auszuschließen.

Jabloko-Vorsitzender Sergej Mitrochin betont außerdem, dass seine Partei nicht mit jeder oppositionellen politischen Gruppe koalieren werde. Er kritisiert, dass manche Oppositionelle bis heute mit Oligarchen und Nationalisten zusammenarbeiten würden. So ist bekannt, dass Alexej Nawalnij in der Vergangenheit mehrmals am sog. "Russischen Marsch" der Nationalisten teilgenommen hat und vor mehreren Jahren aus diesem Grund aus der Jabloko-Partei ausgeschlossen wurde. Ein weiterer Grund für Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Opposition in der jüngsten Vergangenheit ist die Krim-Annexion, die keineswegs von allen verurteilt wird. Außerdem erhebt Rifat Schajchutdinow den Vorwurf an manche Kollegen, den Machtwechsel im Wege der Revolution herbeiführen zu wollen, was seine Partei "Bürgerplattform" kategorisch ablehne. Gleichzeitig kritisiert er, dass manche Oppositionelle lautstark eine politische Wende forderten, wofür es aber keine Unterstützung in der Bevölkerung gebe. So kämpfe die Opposition gegen Putin und gegen den Staat, obwohl es viel mehr darum gehen müsse, sich um die Unterstützung der Wähler für das eigene Programm zu bemühen. Die "Bürgerplattform" sei jedoch offen für die Zusammenarbeit mit allen, die nicht zu einem "Maidan" aufriefen und nicht den in der Vergangenheit durchgeführten Wahlen die Legitimation absprächen.

Moskau, 23. Januar 2015

Dr. Markus Ehm

Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung